

# Wo kommt das Geld für die Pflege her?

**Ausblick.** Welche Pflegedienstleistungen können öffentlich und welche müssen privat finanziert werden?

**A**ufgrund des medizinischen Fortschritts und der steigenden Lebenserwartung, dem damit verbundenen Anwachsen der Demenzerkrankungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Erwerbsquote und Rückgang der Haushaltsgrößen steht unsere Gesellschaft vor großen Herausforderungen im Bereich der Pflegefinanzierung. So wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2050 auf fast 900.000 Personen verdoppeln und geschätzte 250.000 Österreicher von Alzheimer betroffen sein.

Wie die nachhaltige Absicherung, die Finanzierung und der Ausbau der Pflege sichergestellt werden können, diskutierten am 22. September vier Top-Experten: Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Generaldirektor-Stellvertreterin Judit Havasi (Wie-

ner Städtische Versicherung AG Vienna Insurance Group), Executive Director Prof. Bernd Marin (European Centre for Social Welfare Policy & Research) und Thomas Url (Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, WIFO).

Thomas Url hielt fest, dass die Kosten für Pflege in drei großen Bereichen entstehen: Geldleistungen in Form des Pflegegeldes, durch Sachleistungen der Länder und Gemeinden wie z. B. mobile Hauskrankenpflege und Eigenleistungen der Familien. Letztere und die öffentliche Hand tragen derzeit etwa je die Hälfte der Pflegekosten. „Für die Zukunft erwartet das WIFO eine Verschiebung von den privaten Eigenleistungen zu den Sachleistungen, die sich bis 2030 zu konstanten Preisen etwas mehr als verdoppeln werden. Diese Zunahme von +225 % von 2012 bis 2030 liegt deutlich über dem erwarteten Wachstum der realen Wertschöpfung in Österreich von 130 %“, warnt Thomas Url.

Bernd Marin betont, dass Österreich noch keine hohen Kosten für Pflege hat und es diesbezüglich noch keine großen Befürchtungen geben müsse. Was derzeit jedoch allen europäischen Ländern fehlt, sei ein „Best Practice“ im Bereich der Langzeitpflegevorsorge. Auch seien die Leistungen der einzelnen Staaten höchst unterschiedlich. In Österreich gäbe es einerseits eine „Unterförderung“ bei der mobilen und privaten Pflege, obwohl diese nur ein Viertel der stationären Pflege kosten würde und daher mehr gefördert werden sollte als Letztere, die laut Ma-

rin „überfordert“ sei – hier sei Handlungsbedarf gegeben. Mittelfristig schlägt Marin für das heimische Sozialsystem vor, Geld stärker von der Altersvorsorge und Invaliditätsabsicherung in den Bereich Langzeitpflege umzuschichten.

## Nicht prognostizierbar

Bundesminister Rudolf Hundstorfer präsentierte aktuelle Fakten aus dem österreichischen Pflegebereich. So leben derzeit 70.000 Österreicher in stationären Einrichtungen, 440.000 Personen oder 5,2% der Bevölkerung erhalten aktuell Pflegegeld, darunter 60.000 Behinderte, die sich ebenfalls in diesem System befinden. Mit seinen sieben Pflegestufen sei Österreich Weltmeister im Bereich der Pflegefinanzierung und die Einführung sei ein wichtiger Meilenstein gewesen. 50% der Pflegegeldbezieher befinden sich in den Stufen 1 bis 2 und insgesamt fließen derzeit 2,4 Mrd. € an Pflegegeld, mit leicht steigender Tendenz. Hundstorfer betonte darüber hinaus, dass es kein Land der Welt gäbe, dem es bisher gelungen sei, das Prinzip der Krankenversicherung in ein Pflegeversicherungsmodell umzuwandeln. Kosten für Pflege seien – ähnlich wie bei der Intensivmedizin – nicht prognostizierbar. Aus diesem Grund gab er auch ein klares Bekenntnis zur steuerfinanzierten Pflege ab. Ziel der Politik sei es, sicherzustellen, wie man glücklich älter werden könne. Er begrüßte aber auch die derzeit existierenden Produkte der Pflegeversicherung, da diese einfach und verständlich seien.



PETRA SPIOLA

**„Bei der privaten Pflegevorsorge sind wir am Anfang – Bewusstseins-schaffung ist zentral.“**

Judit Havasi

stv. GD Wiener Städtische